

Die Meinungsmache geht weiter - Nun ist Portugal im Visier

Politische Krise in Portugal: Die Unsicherheit kehrt zurück

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/portugal-die-unsicherheit-kehrt-zurueck-a-1062091.html>

Europa zittert vor einem neuen Griechenland

<http://www.welt.de/finanzen/article148644323/Europa-zittert-vor-einem-neuen-Griechenland.html>

Der Tsipras von Portugal?

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/regierungsbildung-der-tsipras-von-portugal/12566070.html>

Ein neues Griechenland?

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/portugal-ein-neues-griechenland-13906620.html>

Wird Portugal zum zweiten Griechenland?

<http://boerse.ard.de/anlagestrategie/regionen/wird-portugal-zum-zweiten-griechenland100.html>

Quo vadis, Portugal?

<http://www.wiwo.de/politik/europa/was-der-sturz-der-regierung-bedeutet-ohne-stabilitaet-ist-portugal-grossen-risiken-ausgesetzt/12570466-2.html>

Regierungssturz in Portugal

<http://www.wn.de/Kommentar/2173526-Die-Mitte-wankt-erneut-Regierungssturz-in-Portugal>

Weiter geht die Meinungsmache (J.K.). Kaum übernimmt eine linke Koalition aus Sozialisten und - Oh mein Gott! - Marxisten und Kommunisten in Portugal die parlamentarische Mehrheit, reagieren die deutschen "Qualitätsmedien" wie der sprichwörtliche Pawlowsche Hund und es startet die gleiche Hetzkampagne gegen Portugal, wie gegen Griechenland nach dem Wahlsieg der Syriza, Anfang dieses Jahres. Ein Lehrstück dazu liefert der Spiegel-Schreiber Stefan Schultz mit seinem Beitrag "Politische Krise in Portugal: Die Unsicherheit kehrt zurück". Nach Schultz haben "die drei Oppositionsparteien", nicht lange gefackelt und nur mal so "die Regierung gestürzt", "einfach auch, weil sie die Gelegenheit hatten". Schultz schreibt weiter, dass sich die linke Opposition gegen den, ohne parlamentarische Mehrheit regierenden, Ministerpräsidenten Passos aufgelehnt hätte, ganz so als sei dies ein unerhörter Vorgang. Was sollen diese verqueren Formulierungen? Der ganze Artikel strotzt nur so vor weiterer Meinungsmache und Verdrehungen. Alles hört sich so an als habe in Portugal einen Staatsstreich oder Putsch stattgefunden und nimmt dabei die Perspektive der herrschenden Eliten ein, welche die Regierungsübernahme einer linken Koalition wohl so empfinden mögen. Sieht so eine differenzierte Berichterstattung aus? Anscheinend geht es wieder nur darum, dass neoliberale Dogma ohne Wenn und Aber zu propagieren. Dass die linke Koalition eine durch demokratische Wahlen legitimierte Mehrheit hat, wen stört es? Inzwischen ist es in der EU soweit, dass Wahlen nur dann Relevanz besitzen, wenn das Ergebnis den neoliberalen Eliten passt. Ist es aber nicht so, dass eine demokratische gewählte Regierung für das Volk und nicht gegen das Volk zu regieren hat?

Interessant ist auch in diesem Artikel welche Punkte als wichtigste Kriterien einer marktkonformen Regierung formuliert werden: Das Bekenntnis zu Euro und NATO. Damit sind auch die wichtigsten Stützen der globalen neoliberalen Herrschaft benannt. Genau mit dieser fadenscheinigen Argumentation wird immer wieder die Unmöglichkeit einer rot-rot-grünen Koalition in Deutschland betont, da Teile der Linken eurokritisch und für einen NATO-Austritts Deutschlands seien.

Immerhin erwähnt Schultz, dass die sogenannte Sparpolitik "millionenfaches Elend über Portugal gebracht" hat. Worin besteht dann aber die Notwendigkeit einer zwischen den Zeilen geforderte Fortsetzung der neoliberalen Austeritätspolitik, die überall wo sie angewendet wird eine Spur der sozialen und ökonomischen Verwüstung hinterlässt? Es gibt dafür keinerlei ökonomische Notwendigkeit, sofern es sie je gegeben hat.

Die Austeritätspolitik folgt keinerlei zwingenden ökonomischer Gesetzmäßigkeit, sie dient nur denjenigen, die sie als wirtschaftspolitische Ultima Ratio einfordern, den neoliberalen Eliten und der Finanzindustrie. Dazu genügt es sich allein die groteske Begründung der Neoliberalen anzusehen. Diese behaupten allen Ernstes, mit „sparen“ bzw. mit massiven staatlichen Ausgabenkürzungen ließe sich die Wirtschaft ankurbeln. Die Begründung lautet eine wachsende Staatsverschuldung würde die Bürger und Unternehmen dazu veranlassen, zu sparen und ihre Ausgaben zu verringern, um für die wachsende zukünftige Steuerbelastung aufgrund des Anstiegs der öffentlichen Verschuldung vorzusorgen, was zu einem Nachfragerückgang und einer Abschwächung der Konjunktur führt und so wie schuldenfinanzierte Erhöhung der Staatsausgaben sofort konterkarieren würde. Wenn dagegen die Regierungen Austeritätsmaßnahmen ankündigten, nähmen die Privatausgaben sofort zu und das Wirtschaftswachstum ziehe wieder an, da sich die allgemeine Erwartung durchsetze, dass die zukünftigen Steuerbelastungen niedriger sein würden. Dass Ausgabenkürzungen und Lohnsenkungen zu einem massiven Nachfrageeinbruch führen und damit das genau Gegenteil des erwarteten bewirken, da Unternehmen davon ausgehen, dass Bevölkerung und Staat weniger Mittel für den Konsum zur Verfügung steht, und versuchen, sich auf einen Rückgang des Umsatzes einzustellen, z.B. durch das Verschieben von Investitionen, durch Entlassungen oder Lohnkürzungen, entzieht sich der neoliberalen Logik.

Was ist aber das Problem, wenn sich die Bürger Portugals endlich gegen die Neoliberale Politik der bisherigen Regierung zur Wehr gesetzt haben? Nur aus der Perspektive der neoliberalen Eliten und der Finanzindustrie kann dies ein Problem sein.

Das Rezept wie eine linke Regierung ohne die Erpressungsmöglichkeit des Euro-Rettungsschirmes erledigt werden kann, liefert Schultz gleich mit. Eine wichtige Rolle zur weltweiten Durchsetzung des neoliberalen Dogmas spielen dabei die sogenannten Ratingagenturen. Diese müssen nur die Kreditwürdigkeit Portugals herabstufen um die Regierung unter Druck zu setzen. Schultz schreibt: "Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte im Rahmen ihres Anleihenkaufprogramms dann keine Portugal-Papiere mehr kaufen, und die portugiesischen Banken dürften bei der EZB keine Staatstitel mehr als Pfand einreichen. Die Kredite für Unternehmen könnten dann sinken, die Firmen hätten weniger Geld für Investitionen. Es droht eine neue Abwärtsspirale aus sinkender Wirtschaftsleistung und steigenden Schulden." Amüsant nur, dass Schultz damit exakt auch die Folgen der Austeritätspolitik beschreibt, die in Griechenland anschaulich zu erleben sind. Dort jagte ein "Sparprogramm" das andere und die soziale und wirtschaftliche Lage dort ist katastrophaler denn je.

Es ist Zeit aufzustehen!

Dazu noch einmal:

Die kläglichen Fundamente der Austeritätspolitik

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=18350>

Und weitere Lektüre zur Austeritätspolitik:

http://www.boeckler.de/wsimit_2015_06_buchbesprechung_schulmeister.pdf